



Entmachtet

Vor 50 Jahren beschrieb der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli in einem Essay die »Transformation der Demokratie«. Wahlkampf in bürgerlichen Gesellschaften wird darin als inhaltsleeres Ritual analysiert. Von Hansgeorg Hermann

SEITEN 12/13

Phrasenreich

Ein fader Bundestagswahlkampf mit wenig Streit um politisch relevante Themen geht zu Ende

3

Folgenreich

Zweiter Autobahnbetreiber verklagt Bund wegen Profitausfällen. Dobrindt wollte das vertuschen

5

Trickreich

Österreich: Interne Dokumente geben Einblick in Strategie des Zirkels um Außenminister Kurz

7

Ertragreich

Größere Anbauflächen, mehr Exporte: Russlands Landwirtschaft profitiert vom Klimawandel

9

Trump kontra Iran

Wird die USA das Atomabkommen mit Teheran sprengen? Präsident der Vereinigten Staaten zu keiner klaren Aussage fähig. Von Knut Mellenthin

Donald Trump hat wieder einmal für Unruhe unter den europäischen Verbündeten der USA gesorgt. Nach der überlangen Rede, die der US-Präsident am Dienstag vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York hielt, ist weiterhin ungewiss, wie Trump mit dem 2015 geschlossenen Wiener Abkommen zum iranischen Atomprogramm umgehen will. Eine wichtige Stellungnahme zu diesen Fragen muss er bis zum 15. Oktober abgeben. In der Manier eines Kleinkindes kokettierte der Präsident am Mittwoch (Ortszeit) vor Journalisten, dass er sich bereits entschieden habe, bei Nachfragen lehnte er eine klare Aussage jedoch ab.

Allgemein wird damit gerechnet, dass der Republikaner – wie mehrmals während seines Wahlkampfs angekündigt – das Wiener Abkommen entweder »zerreißen« oder eine komplette »Neuverhandlung« durchsetzen will. Als Vertreter Europas haben ihm in den letzten drei Tagen der französische Präsident Emmanuel Macron, die britische Premierministerin Theresa May, der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel und die Außenpolitik-Chefin der EU, Federica Mogherini, widersprochen. Der gemeinsame Tenor: Der Vertrag sei gut, habe sich bewährt und dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Trotzdem müsse man wegen der Haltung der USA »die allergrößte Sorge haben, dass das Abkommen zerstört wird«, warnte Gabriel am Mittwoch.

Dabei waren sich die Außenminister der sechs an der Wiener Vereinbarung beteiligten Staaten – USA, Russland, China, Frankreich, Deutschland, Großbritannien – bei einem Treffen in New York am Mittwoch einig, dass der Iran alle Vereinbarungen zur Weiterentwicklung seines Atomprogramms eingehalten habe. Dieser Feststellung stimmte sogar US-Außenminister Rex Tillerson zu, der allerdings nur eine »technische Erfüllung« der iranischen Verpflichtungen anerkennen wollte. Den mit dem Vertrag verbundenen »Erwartungen« der USA hinsichtlich grundlegender Änderungen der iranischen Außen- und Militärpolitik sei aber nicht entsprochen worden.



US-Präsident Donald Trump am Dienstag (Ortszeit) bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York

Im Prinzip sind sich die Trump-Administration und ihre europäischen Verbündeten in diesem Punkt sogar einig. Macron zum Beispiel erklärte am Mittwoch während einer Pressekonferenz in New York: »Reicht dieses Abkommen

aus? Nein, das tut es nicht, wenn man die Entwicklung der regionalen Lage und den wachsenden Druck Irans auf die Region sowie die gesteigerte Aktivität des Landes hinsichtlich der Entwicklung von Raketen seit Vereinbarung des Vertrags in Betracht zieht.«

Auch Gabriel verband seine Kritik an Trumps Vorgehen mit der Behauptung, Iran verhalte sich im Nahen Osten »immer noch nicht konstruktiv« und müsse dafür gemäßregelt werden. Der Dissens zwischen der US-Regierung und ihren Partnern in Europa beschränkt sich im wesentlichen darauf, dass letztere ihre politischen Angriffe gegen den Iran nicht mit dem Schicksal

des Vertrags verknüpfen wollen.

Der US-amerikanische Sender NBC berichtete am Mittwoch, dass Trump beschlossen habe, das Wiener Abkommen zum nächsten Stichtag, dem 15. Oktober, nicht wieder zu bestätigen. Danach müsste der Kongress innerhalb von 60 Tagen entscheiden, ob die Sanktionen, die aufgrund der Vereinbarungen »suspendiert« – aber nicht aufgehoben – wurden, wieder in Kraft treten sollen. Alternativ dazu wolle der US-Präsident der europäischen Seite ein Ultimatum von 90 Tagen stellen, sich der Forderung nach einer Neuverhandlung des Abkommens anzuschließen.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Gebote für Air Berlin abgegeben

Gläubigerausschuss tagte am Donnerstag. Lufthansa hat kein Interesse an Langstreckenflügen

Das Rennen um die insolvente Fluggesellschaft Air Berlin geht auf die Zielgerade. Der Gläubigerausschuss wollte am Donnerstag über die vorliegenden Angebote beraten und möglicherweise auch schon erste Weichen stellen, welcher Bieter welchen Teil der Airline bekommt. Endgültige Entscheidungen sollen aber erst am Montag fallen, wenn der Aufsichtsrat von Air Berlin tagt. Die Lufthansa rechnet sich gute Chancen für eine Übernahme von bis zu 80 der insgesamt 144 Air-Berlin-Flugzeuge

aus. »Viel mehr werden wir kartellrechtlich gar nicht machen können«, sagte Lufthansa-Chef Carsten Spohr am Mittwochabend in Frankfurt am Main. Einschließlich aller Umsteige Flüge habe die Lufthansa-Gruppe in Deutschland einen Marktanteil von 34 Prozent. Dieser Wert werde auch für die Kartellbehörden entscheidend sein. »Deshalb sind wir optimistisch, dass das, was wir uns vorstellen, genehmigungsfähig ist«, sagte Spohr.

Neben der Kranich-Airline gehören auch Easyjet, Condor, die Bri-

tish-Airways-Mutter IAG sowie die Luftfahrtunternehmer Hans Rudolf Wöhrle und Niki Lauda zum Bieterkreis. Spohr nannte erstmals öffentlich Details seiner Offerte: Priorität habe für die Lufthansa, sich die 38 Maschinen von Air Berlin zu sichern, die schon für die Lufthansa-Tochter Eurowings geleast wurden. Dazu sollten 20 bis 40 weitere Maschinen für Kurz- und Mittelstrecken kommen. »Wir glauben, durch die Entwicklung in Berlin voraussichtlich bis zu 3.000 neue Mitarbeiter begrüßen zu dürfen«, sagte Spohr. Für die

mittlerweile schon größtenteils stillstehenden Langstreckenmaschinen der Air Berlin habe er nicht geboten, ergänzte Spohr.

Die Gewerkschaft Verdi erklärte am Donnerstag: »Wir begrüßen, dass die Lufthansa so viele Beschäftigte einstellen will. Doch wir bedauern auch, dass sie an der Langstrecke offenbar kein Interesse hat.« Voraussichtlich ab dem 15. Oktober werde Air Berlin die letzten Langstreckenflüge aus Düsseldorf einstellen, berichtete Reuters am Donnerstag.

(dpa/Reuters/AFP/JW)

Erneut Protest gegen Macron



Paris. In Frankreich haben erneut Zehntausende Menschen gegen die Novellierung des Arbeitsrechts von Staatschef Emmanuel Macron demonstriert. In der Hauptstadt Paris und in weiteren Städten organisierte die linke Gewerkschaft CGT am Donnerstag 200 Kundgebungen gegen die geplante Schleifung des Kündigungsschutzes und Entmachtung der Arbeitervertretungen. Demonstranten trugen Banner mit Aufschriften wie »Nein zur Arbeitsmarktreform«, »Macron – Marionette der Arbeitgeber« oder »Die Verordnungen töten«. Die Gesetzesänderung sollen am heutigen Freitag das Kabinett passieren und bald darauf in Kraft treten. Die französische Regierung hat wiederholt bekräftigt, an ihrem Vorhaben festhalten und dem Druck der Straße nicht nachgeben zu wollen. (AFP/JW)

Demo gegen Fusionspläne von Thyssen-Krupp

Duisburg. Während einer für den heutigen Freitag geplanten Großdemonstration gegen die Fusionspläne von Thyssen-Krupp soll die Produktion des größten deutschen Stahlkonzerns in Duisburg weitgehend zum Stillstand kommen. Die Anlagen würden mit Beginn der Frühschicht heruntergefahren, kündigte ein Sprecher des Betriebsrats am Donnerstag in Duisburg an. Im Werk werde lediglich eine Notbesetzung dafür sorgen, dass es zu keinen Schäden komme. Betriebsrat und IG Metall haben zu der Großdemonstration in Bochum aufgerufen, zu der mindestens 5.000 Teilnehmer erwartet werden. Am Mittwoch hatte der Konzern eine Absichtserklärung für eine Fusion der Thyssen-Krupp-Stahlsparte mit dem Konkurrenten Tata veröffentlicht und den Wegfall von 2.000 Arbeitsplätzen in Deutschland angekündigt. Der Betriebsrat befürchtet aber die Streichung von deutlich mehr Jobs und lehnt die Fusionspläne ab. (dpa/JW)

■ Siehe Interview Seite 2

jW wird herausgegeben von
 2.071 Genossinnen und
 Genossen (Stand 15.8.2017)
 www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607